

## **Kommunalpolitischer Tag 26. Oktober 2013**

### **Vorstellung des Konzeptes der Gemeinwohlökonomie - Rededispotion**

Liebe Mitglieder des Kommunalpolitischen Forums, werte Gäste!

In Namen von OWUS Berlin-Brandenburg e.V. und auch des Vereins zur Förderung der GWÖ möchten wir Ihnen für die Gelegenheit danken, das Konzept der Gemeinwohlökonomie vorstellen zu können.

Die für die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik wichtigsten Rechtsnormen enthält das Grundgesetz. Nach der durch die Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichtes geprägten Rechtsauffassung ist das GG wirtschaftspolitisch neutral. Der Verfassungsgeber hat sich nicht ausdrücklich für ein bestimmtes Wirtschaftssystem entschieden. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgericht vom 20. Juli 1954 ist "die gegenwärtige Wirtschafts- und Sozialordnung eine nach dem Grundgesetz mögliche Ordnung, keinesfalls aber die allein mögliche."

Dem Gesetzgeber und der Regierung ist vom GG somit die Freiheit gelassen, die ihnen jeweils sachgemäß erscheinende Wirtschaftspolitik zu verfolgen, sofern dabei die allgemeinen rechtlichen Bindungen durch das GG, insbesondere die Grundrechte eingehalten werden. Wenn wir also über Wirtschaftsmodelle der Zukunft nachdenken, dann entspricht dies der vom Bundesverfassungsgericht geprägten Rechtsauffassung. Entgegen der postulierten „Alternativlosigkeit“ des gegenwärtigen Wirtschaftssystems wird mit der Gemeinwohlökonomie eine konkrete Alternative aufgezeigt.

Die Bewegung zur Gemeinwohlökonomie wurde im Oktober 2010 in Wien ins Leben gerufen und ist zweieinhalb Jahre später bereits in vielen Ländern Europas, aber auch Lateinamerikas präsent. Die Initiatoren bestätigen es uns immer wieder, sie sind von der Resonanz quasi überrollt worden. Das zeigt, das Konzept der Gemeinwohlökonomie hat einen Nerv bei vielen Bürgern, darunter auch zahlreichen Unternehmern getroffen. Die Homepage der Bewegung nannte mit Stand von gestern 6.159 offizielle Unterstützer in vielen Ländern, darunter den OWUS-Dachverband und unsere Mitgliedsunternehmen A & P Steuerberatungsgesellschaft Potsdam sowie tuk international. Seit März diesen Jahres sind über 1.000 Unterstützer neu hinzugekommen. In Österreich unterstützen bereits einige Landesregierungen dieses Konzept, z.B. durch die Förderung des Erstellens von Gemeinwohlbilanzen. Wir sind heute in Potsdam – ein Bekenntnis zur Gemeinwohlökonomie könnte ein Alleinstellungsmerkmal der Brandenburger Landesregierung werden. Wie ich gehört habe, hat das Thema dank des Abgeordneten Andreas Bernig den Landtag bereits erreicht.

Bei einem Treffen mit dem österreichischen Publizisten und attac-Mitbegründer Christian Felber wurde im Herbst 2011 unsere Aufmerksamkeit auf das Konzept der Gemeinwohlökonomie gelenkt, die dem Leitmotiv von OWUS „*Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung*“ voll entspricht.

Woraus resultiert diese länderübergreifende Faszination für ein alternatives Wirtschaftsmodell? Ein „weiter so wie bisher“ wollen viele Menschen nicht. Die Bertelsmann-Stiftung will im Juli 2010 mit einer Studie in Erfahrung gebracht haben, dass 88% der Bevölkerung in Deutschland und 90% in Österreich sich ein anderes Wirtschaftsmodell wünschen. Da kann man nur sagen, gut gebrüllt Löwe! Dieser Stiftung kann mit Sicherheit eine gewisse Staats- und (Groß-)Wirtschaftsnähe nicht abgesprochen werden – wo sind nun die konkreten Vorschläge der Protagonisten aus dem Umfeld von Bertelsmann, ein anderes Wirtschaftsmodell umzusetzen? Ich vermute, bis Gedanken einer am Gemeinwohl orientierten Wirtschaft Einzug in Wahlprogramme der besonders wirtschaftsfreundlichen Parteien finden werden, vergehen noch einige Jahre. Im Programm der LINKE geht es vielleicht schneller, aber wie gesagt – vielleicht.

Wir haben im Vorfeld der Bundestagswahl die politischen Parteien gefragt „*Können Sie sich vorstellen, neben der Finanzbilanz von den Unternehmen auch verbindlich die Erstellung einer Gemeinwohlbilanz zu fordern? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Unternehmen, die nachweislich gemeinwohlorientiert wirtschaften bei der Vergabe von Fördermitteln und öffentlichen Aufträgen besonders berücksichtigt werden?*“ Die LINKE und die Grünen wollen Ansätze einer solidarischen Ökonomie fördern. Die CDU/CSU will die Unternehmen nicht mit neuen Bürokratiekosten durch Gemeinwohlbilanzen belasten. Die FDP stellte konsequenterweise fest, dass die gesellschaftliche Funktion der Unternehmen in der Wirtschaft darin besteht, nachhaltig Gewinn zu erwirtschaften. Die

Piratenpartei bekannte sich vorbehaltlos zu einer fairen, gemeinwohlorientierten Wirtschaftspolitik. Bei der SPD hatten wir eher den Eindruck, die Frage sei nicht verstanden worden. Diese Antworten haben uns gezeigt, dass noch viel gesellschaftliche Aufklärungsarbeit erforderlich ist. Deshalb muss dieses Konzept von unten entwickelt und verbreitet werden. Und dazu wollen wir als Unternehmerverband unseren Beitrag leisten – innerhalb unseres Verbandes aber auch in der Öffentlichkeit, so wie heute beim kommunalpolitischen Forum Brandenburg.

Christian Felber und andere Protagonisten der Gemeinwohlökonomie weisen in ihren Ausführungen immer wieder auf einige Widersprüche hin, die es zu lösen gilt.

1. Wir haben zum einen Verfassungsgrundsätze, die eine auf das Gemeinwohl orientierte Wirtschaft fordern. Der Artikel 14 Abs. 2 des GG besagt „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ In der Verfassung des Freistaates Bayern steht u.a. „*Alle wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl*“ (Art. 151). Im Artikel 24 der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen steht „*Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen.*“ Und so kann man noch in weiteren Verfassungen von Staaten und Bundesländern ähnliche Orientierungen finden. Die Brandenburger Landesverfassung hat im Art. 41 die von mir bereits erwähnte Sozialbindung des Eigentums aus dem GG übernommen. Diesen Verfassungsgrundsätzen steht jedoch die Realität gegenüber – Geld ist nicht Mittel zum Zweck, sondern die Mehrung von Geld ist zum Zweck wirtschaftlicher Tätigkeit geworden. Das ist nicht unbedingt eine Erkenntnis der Gegenwart. Schon für Aristoteles stand der Begriff der Oikonomia für die natürliche Erwerbskunst. Diese Oikonomia - als Hausverwaltungskunst übersetzt – soll der Bedürfnisbefriedigung der Menschen durch die Beschaffung und Bewahrung der Güter, die für das Haus und den Staat nützlich und notwendig sind, dienen. Dieses Wort Oikonomia wurde zum Bestandteil der Alltagssprache vieler Völker. Aristoteles kannte auch eine widernatürliche Erwerbskunst. Er nannte sie Chrematistik. Sie ist durch das Streben nach Kapitalakkumulation geprägt – Tausch nicht zur Bedürfnisbefriedigung sondern zum Anhäufen von Reichtum. Und genau das predigt der herrschende Teil der Wirtschaftsakteure im Moment (siehe die Antwort der FDP). Der Ausspruch des geistigen Vaters des Neoliberalismus Milton Friedmann spiegelt genau dies wider „*Die soziale Verantwortung der Wirtschaft ist, den Profit zu erhöhen*“. Das ist nicht unsere Auffassung von sozialer Verantwortung!
2. Ein weiterer Widerspruch ist der zwischen Marktwerten und Beziehungswerten. Die real existierende Wirtschaftsordnung ist auf Gewinnstreben und Konkurrenz abgestellt. Gewinnmaximierung wird als Triebfeder jeder wirtschaftlichen Entwicklung postuliert, Konkurrenz – vornehm auch als Wettbewerb bezeichnet – wird als das entscheidende Instrument der Marktwirtschaft hervorgehoben. Dies widerspricht aber eigentlich den ursächlichen zwischenmenschlichen Beziehungen. Wirtschaftschancen sollten durch ökonomische Beziehungswerte vermittelt werden. Die Unternehmen und alle Menschen sollen ihr Wissen und ihre Beziehungen wirtschaftlich einsetzen, damit diese Chancen durch Kooperationen und Partnerschaften entstehen. Das einseitige Gewinnstreben muss durch Gemeinwohlstreben ersetzt werden. D.h. ein verfassungskonformer Zustand muss hergestellt werden, ein verfassungswidriger Zustand beseitigt werden! Ziel des Wirtschaftens im Sinne von Aristoteles ist die Bedürfnisbefriedigung, nicht die Mehrung von Reichtum. Nicht der Ellbogen, sondern der Kopf muss auch in der Wirtschaft wieder zum wichtigsten Körperteil werden! Auch viele Psychologen haben festgestellt, dass Motivation durch Wettbewerb und Druck von außen nicht so stark wirken wie eine Motivation von innen heraus. Die besten Leistungen kommen nicht durch Konkurrenz zu Stande, sondern durch innere Überzeugung und gemeinsame Kooperation. Und was kann uns die Biologie dazu sagen? Alle, die wir hier sitzen, sind durch Zellteilung entstanden. Durch einen wundersamen Mechanismus der Natur entsteht aus der Eizelle ein Lebewesen. Die Entwicklungsbiologen sind dabei, das Geheimnis zu lüften. Es ist die Zellkommunikation! Die direkte Kommunikation zwischen den Zellen, die Kommunikation zwischen benachbarten Zellen und die Kommunikation von zentralen Organen zu den Zellen des Körpers bewirken und steuern die Entwicklung von Lebewesen. Die Natur setzt also auf Kommunikation und damit Kooperation, nicht auf Konkurrenz – und das sollte bei der angeblichen „Krone der Schöpfung“ nicht möglich sein?

3. Zum Erreichen eines jeden Zieles bedarf es Instrumente für die Erfolgsmessung. Gegenwärtig sind dies Finanzbilanzen, die u.a. auch eine Gewinnausschüttungsfunktion haben. Denn sie zeigen an, was an Gewinnen an die Eigentümer ausgeschüttet werden kann. Auf volkswirtschaftlicher Ebene ist das Bruttoinlandsprodukt der Erfolgsmesser. Beide geben keine Auskunft darüber, welchen Beitrag das Unternehmen oder die Volkswirtschaft zum Gemeinwohl geleistet hat. Supergewinne oder Superprofit können auch durch ausgesprochen gemeinwohlschädigendes Verhalten entstanden sein. Zocker-Banken, Rüstungsbetriebe und von der Ausbeutung der Menschen in den Entwicklungsländern besonders profitierende Unternehmen zeigen dies. Soziales und ökologisches Verhalten wird heute als Wettbewerbsnachteil dargestellt. Das hat etwas perverses an sich - das rücksichtslose Unternehmen genießt einen Wettbewerbsvorteil gegenüber dem sozial engagierten. Kein Wunder also, dass unsere OWUS-Unternehmen es manchmal so schwer haben.

Es klingt vielleicht etwas amüsant, aber in Bhutan werden jedes Jahr 6.000 Haushalten 133 Fragen zum persönlichen Wohlbefinden vorgelegt. Diese Lebensqualitätsfaktoren ergeben zusammengefasst das Bruttonationalglück. Im Unternehmen kann eine Gemeinwohlbilanz das Erreichen eines ähnlichen Zieles widerspiegeln. Sie soll nicht die Finanzbilanz ersetzen, zur Steuerbemessung und zum Aufdecken von Wirtschaftlichkeit und Rentabilität wird sie auch weiterhin gebraucht. Finanzgewinn ist ja nicht von vornherein schlecht – die Frage ist nur, wie entsteht er und wofür wird er verwendet. Die Finanzbilanz kann aber ihren dominierende Rolle verlieren. Gemeinwohlbilanzen können wie Wissensbilanzen und Umweltbilanzen die nichtfinanziellen Seiten wirtschaftlicher Tätigkeit wesentlich besser abbilden als ein Lagebericht nach HGB. „Integrierte Berichterstattung“ ist ein möglicher Weg in diese Richtung. Nach den Vorstellungen des Internationalen Rates für Integrierte Berichterstattung (2010 gegründet u.a. auf Initiative von Prinz Charles) soll künftig in einen zusammengefassten Bericht auch die Berichterstattung über ökologische und soziale Aspekte (Nachhaltigkeitsberichterstattung) einfließen.<sup>1</sup> Das ist natürlich noch keine Gemeinwohlbilanz, aber die Richtung stimmt.

Die Gesellschaft sollte also perspektivisch die Bestrebungen der Unternehmen honorieren, die einen großen Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Dies können auch rechtliche Vorteile sein, z.B. in steuerlicher Hinsicht. Bei einem Besuch in Salzburg haben wir kürzlich erfahren, dass die dortige Landesregierung in dieser Richtung bereits etwas plant – das Land Salzburg soll Gemeinwohl Musterregion werden. Die Koalitionsvereinbarung zwischen der ÖVP, den Grünen sowie dem Team Stronach enthält unter dem Schwerpunkt „Unternehmensentwicklung“ die „Schaffung eines Modells zur Förderung der Gemeinwohloökonomie für Betriebe“.<sup>2</sup> Öffentliche Vergabegesetze könnten künftig wie Mindestlohn und Umweltkriterien auch Gemeinwohlkriterien enthalten. Der Staat und seine Gebietskörperschaften als Nachfrager kommt dabei eine Vorbildfunktion zu. Der Aufschrei der Wirtschaftsliberalen über diese so genannten „sachfremden Anforderungen“ wird uns dabei allerdings gewiss sein. Als Hinweis auf den Produkten könnte die Gemeinwohlorientierung eines Unternehmens auch für die Verbraucher nützlich sein. Die so genannte Konsumentensouveränität – der Verbraucher entscheidet was produziert wird – gehört ja auch mit zu den theoretischen Grundpfeilern der Marktwirtschaft. Also nutzen wir sie im Interesse des Gemeinwohls.

Die Gemeinwohlbilanzen enthalten 5 Kernaussagen – wie hält es der Unternehmer mit

- = der Menschenwürde
- = der Solidarität
- = der ökologischen Nachhaltigkeit
- = der sozialen Gerechtigkeit
- = der Mitbestimmung und Transparenz

Also wie hält es das Unternehmen mit diesen zentralen Verfassungswerten, womit wir wieder beim Ausgangspunkt Verfassungsgrundsatz und –realität wären.

Ohne der Diskussion und den Erfahrungsberichten vorzugreifen nenne ich nur einige unser Thema betreffende Stichworte aus der aktuellen Diskussion der letzten Monate. Das Thema ausufernder

<sup>1</sup> DER BETRIEB Heft 14/05.04.2013 S. 714 ff.

<sup>2</sup> [www.salzburg.gv.at/arbeitsuebereinkommen2013.pdf](http://www.salzburg.gv.at/arbeitsuebereinkommen2013.pdf)

Managergehälter und Boni steht auf der Tagesordnung. Im Konzept der Gemeinwohlökonomie sollen die Unterschiede bei Einkommen und Vermögen durch Festsetzung einer maximalen Spreizung zwischen niedrig und hoch auf ein stimmiges Maß begrenzt werden. In über 500 Veranstaltungen, die Felber inzwischen europaweit bestritten hat, hat sich ein Verhältnis von 1:10 zwischen Mindestlohn und Höchstlohn im Unternehmen als absolut mehrheitsfähig erwiesen. Fast 95% der Teilnehmer sprachen sich dafür aus. Die Realität in Deutschlands Großunternehmen ist ein Mehrfaches davon. In dem von uns besuchten Unternehmen in Salzburg war die Einkommensspreizung 1:2.

Die Bilanz enthält auch so genannte K.O.-Kriterien. Die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern gehört mit dazu. Da bei uns alles eine englische Bezeichnung haben muss, wird regelmäßig im März der Equal Pay Day begangen und vor den Rathäusern wurden die Fahnen gehisst. Und in der Presse wurden Statistiken über eine Lohnungleichheit von bis zu 22% veröffentlicht, die spätestens Ostern wieder der Vergessenheit anheim gefallen waren. Ein weiteres K.O.-Kriterium ist die geplante Obsoleszenz der eigenen Produkte, also Sollbruchstellen. Die Grünen haben das Thema vor einigen Monaten auf Grundlage einer Studie für sich entdeckt und forderten wie OWUS schon seit Jahren reparaturfreundliche Produkte. Neulich hat sich in einer Talkshow sogar jemand erdreistet zu behaupten, DDR-Produkte hätten eine lange Lebensdauer gehabt, weil der Staat es durchgesetzt hat. Es wurde aber gleich richtig gestellt, dass dies Ausdruck der Mangelwirtschaft gewesen sei und innovationsfeindlich.

Was bringt bereits heute einem Unternehmen das Erstellen einer Gemeinwohlbilanz? Marketingvorteile – kommt auf die jeweilige Kundengruppe an; Steuervorteile und Vorteile bei öffentlichen Aufträgen – mitnichten, Arbeits- und evtl. finanzieller Aufwand für das Erstellen und Auditieren der Bilanz – ja, mit Sicherheit. Also cui bono – wem nützt es? Diese Frage lasse ich so im Raum stehen und gebe sie weiter an unsere Erfahrungsträger bei der Bilanzierung.

Zum Abschluss möchte ich der Vollständigkeit halber noch einige weitere Aspekte des Konzeptes der Gemeinwohlökonomie kurz benennen:

- „**Demokratische Allmenden**“ sollen die dritte Eigentumskategorie bilden neben der großen Mehrheit (kleiner) Privatunternehmen und eines kleinen Anteils von Großunternehmen in gemischtem Eigentum. „Demokratische Allmenden“ sind Grundversorgungsbetriebe im Bildungs-, Gesundheits-, Sozial-, Mobilitäts-, Energie- und Kommunikations- und anderen Bereichen der „Daseinsvorsorge“. Womit wir ganz nahe bei den Kommunen wären.
- Eine wichtige Demokratische Allmende ist die „**Demokratische Bank**“. Sie dient wie alle Unternehmen dem Gemeinwohl und wird wie alle Demokratischen Allmenden vom demokratischen Souverän kontrolliert und nicht von der Regierung. Ihre Kernleistungen sind garantierte Sparvermögen, kostengünstige Kredite, ökosoziale Risikokredite sowie kostenlose Girokonten. Für 2014 wird die Gründung einer solchen Bank in Österreich vorbereitet.
- Visionär soll das Gemeinwohl in einem breiten demokratischen Prozess von unten vordefiniert und später an einen direkt gewählten **Wirtschaftskonvent** übergeben werden. Perspektivisch wäre die Verankerung per Volksabstimmung in der Verfassung denkbar. Neben dem demokratischen Wirtschafts- oder Gemeinwohlkonvent können weitere Konvente für die Vertiefung der Demokratie einberufen werden: **Bildungskonvent, Medienkonvent, Daseinsvorsorgekonvent**.

Ich hoffe, Ihnen einen kleinen Einblick in das Konzept der Gemeinwohlökonomie gegeben zu haben. Auf spezielle Aspekte gemeinwohlorientierter Kommunen wird Herr Keller vom Verein zur Förderung der Gemeinwohlökonomie Berlin-Brandenburg e.V. eingehen. Über erste Erfahrungen aus der Aufstellung von Gemeinwohlabilanzen werden Herr Andrej Philipp aus Potsdam und Herr Joachim Sroka aus Kloster Lehnin berichten. Wenn es uns also gelingen sollte, heute Ihr Interesse für dieses Konzept zu wecken, würde es uns freuen. Ich möchte Sie dann in diesem Zusammenhang schon einladen, im September/Oktober an unserer Konferenz zur GWÖ in Berlin teilzunehmen. Dies soll der Höhepunkt zum 20. Jahrestag der Gründung von OWUS Berlin-Brandenburg werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.